

# Marktwirtschaft ohne Wettbewerb

## OWUS-Jubiläumskonferenz lotet Möglichkeiten der Gemeinwohl-Ökonomie aus

Von Ulrike Henning

Der ostdeutsche Kleinunternehmenverband OWUS beging den 20. Jahrestag am Sonnabend in Berlin auf einer Konferenz zum Thema Gemeinwohl-Ökonomie gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Der Aktivist und Politologe Christian Felber aus Österreich skizzierte am Sonnabend in Berlin die schnelle Entwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie, an der er einen großen Anteil hat. Zwölf Kleinunternehmen aus Österreich gaben den Impuls dazu und legten vor vier Jahren eine erste Wertematrix für solche Unternehmen vor. Inzwischen schlossen sich 1700 Firmen aus 35 Staaten an, jede zehnte von ihnen habe schon einmal eine Gemeinwohl-Bilanz für sich erstellt. An einigen Hochschulen in Österreich werde dazu bereits unterrichtet. Felber selbst ist gerade jetzt zwischen Berlin, Istanbul und Santiago de Chile unterwegs, um die Idee Menschen in aller Welt vorzustellen. Der Idee von einer Gemeinwohl-Ökonomie wird nicht nur mit Skepsis begegnet, sondern auch mit heftigem Widerstand. Felber erwähnte eine regelrechte Gegenkampagne der österreichischen Wirtschaftskammer. Auch Kritik von links ist er gewohnt: »Die einen halten uns für eine Greenwash-Bewegung, die anderen für zu kommunistisch«. Der österreichische Politologe erläuterte in Berlin die angestrebte Variante der Marktwirtschaft. Kapitalistisch solle sie nicht sein, da sie damit zwingend zu einer Abschaffung der Freiheit führe. »Vollethische Marktwirtschaft« soll »solidarisch, kooperativ, ökologisch und human« ausgerichtet sein, nicht aber wettbewerbsorientiert. So wären Felber zufolge etwa gleiche Rechte für alle durch negative Rückkopplung zu erreichen: Einkommen, Vermögen, Erbschaften - all das sei möglich, »aber nur bis zu einer gewissen Obergrenze«. In etwa 50 Ländern gab es schon Modellbefragungen zu diesen Grenzen. Zwischen zehn und 30 Millionen Dollar liegt den Umfragen zufolge das höchste akzeptierte Spitzenvermögen. Deckeln ließe sich das »ganz unaufgeregt« durch entsprechende Änderungen im Erbrecht.

Alle Elemente des Wirtschaftens müssten einem demokratischen Prozess unterworfen werden. So könne es durch die souveräne Entscheidung der Bevölkerung auch ein bedingungsloses Grundeinkommen geben - wenn von der Mehrheit gewünscht. Geld solle nur noch ein Mittel zur Erreichung des Ziels sein, nicht mehr das Ziel selbst. Demokratische Wirtschaftskonvente der Bevölkerung, angefangen auf kommunaler Ebene, sollten die Bedingungen festlegen. Auf nationaler Ebene würden diese Konvente dann auch den Rahmen für internationale Verträge vorgeben - Freihandelsverträge à la CETA oder TTIP wären ausgeschlossen - da ist sich Felber sicher.

»Brauchen Sie dafür nicht einen starken Staat?« brachte OWUS-Gründungsvorsitzende Christa Luft einen ihrer Zweifel in die Diskussion. Nein, so Felber, er brauche »eine starke Demokratie«. Zwar hätten zahlreiche westliche Staaten Gemeinwohl als Verfassungsziel für ihre Wirtschaft formuliert. Allerdings fehle es an der Kontrolle. Es fehlt das, was die Gemeinwohl-Bewegung zur allgemeinen Praxis machen will - zum Beispiel entsprechende Bilanzen. Darin werden Werte wie Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit oder Mitbestimmung und Transparenz in den Unternehmen konkret abgefragt. Daneben gibt es auch Negativkriterien, darunter Verletzung von ILO-Normen, Dumpingpreise, geplante Obsoleszenz oder Ungleichbezahlung der Geschlechter, die zum Punktabzug führen. Als ersten Schritt sollten diese Bilanzen Grundlage für die Erteilung öffentlicher Aufträge werden. Christian Felber bewarb sie auch unter dem Aspekt, dass die Unternehmen damit einen »360-Grad-Blick« auf ihr betriebliches Handeln bekommen. Auf der Berliner Konferenz wurden mehrere Gemeinwohl-Berichte vorgelegt, unter anderem von den Betrieben »Märkisches Landbrot GmbH« und »Ökofrost GmbH«

OWUS wurde 1994 als branchenoffener Wirtschaftsverband, Interessengemeinschaft und Selbsthilfeorganisation für linksdenkende und -handelnde kleine und mittlere Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende, Selbstständige und Freiberufler gegründet.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/948884.marktwirtschaft-ohne-wettbewerb.html>